

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Behindertenpolitik  
Beschlussdatum: 05.01.2025

## **Änderungsantrag zu WP-01-K2**

### **Von Zeile 514 bis 515 einfügen:**

Primärversorgung insbesondere durch Hausärzt\*innen stärken, um eine bessere Behandlungsqualität zu erreichen. **Wir werden gesetzlich nachsteuern, damit unser Gesundheitswesen inklusiv und barrierefrei wird und wo nötig Gelder dafür im System umschichten.**

## **Begründung**

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Menschen mit Behinderungen vielfach keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben. So sind beispielsweise drei Viertel der Praxen von Ärzt\*innen nicht barrierefrei. Dabei haben Kassenärzt\*innen einen Versorgungsauftrag für alle Versicherten. Das Regelsystem muss diesem Auftrag in vollem Umfang nachkommen. Wir werden das Problem auch nicht lösen, wenn wir Förderprogramme auflegen. Wir brauchen Fristen zur Herstellung eines gleichberechtigten Zugangs zum Gesundheitssystem. Ein Ansatz könnte sein, mit einem Bonus-/Malussystem zu arbeiten, bei dem diejenigen, die keinen gleichberechtigten Zugang entsprechend ihres Versorgungsauftrages garantieren, Abschläge bekommen und diejenigen, die das tun, für einen gewissen Zeitraum einen Zuschlag erhalten. Und auch die Versorgung – von der Krankenbehandlung über Heil- und Hilfsmittel bis hin zu Prävention und Rehabilitation – muss die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen adäquat berücksichtigen sowie an der Herstellung voller und wirksamer Teilhabe ausgerichtet werden. Der vom SPD-geführten Gesundheitsministerium in der Ampel vorgelegte Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen wirdeinem gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung nicht gerecht und hat bei Verbänden und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung zu massiver Enttäuschung geführt.